

Danziger



Beitung

Bernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Bernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 387.

Nr. 22915.

1897.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Tidens Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund.“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengegliederte gewöhnliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Deutschland und China.

Die deutsche Regierung hält mit Nachrichten über das Unternehmen von Kiautschau noch immer consequent zurück. Da sie aber andererseits auch die uns durch den englischen Nachrichtendienst übermittelten Forderungen Deutschlands an China nicht für falsch erklärt, wird man sie wohl als richtig zu betrachten haben. Nun findet sich in der „Königl. Itg.“ ein vielleicht als offiziös zu betrachtender Artikel, der Beachtung verdient und deshalb seinem Hauptinhalt nach wieder gegeben sein mag.

Das Blatt beurtheilt die deutschen Forderungen an China aus zwei verschiedenen Gesichtspunkten, je nachdem sie gedacht sind als Buße für die Ermordung der Missionare — die Geldentschädigung, die Errichtung einer Kirche, Erstattung der Kosten für die Beziehung Kiautschau. Absehung des Vicekönigs von Schantung und Bestrafung der Mörder und beteiligten Beamten — oder als Anspruch auf die immer noch rückläufige Entschädigung für die Dienste, die Deutschland China beim Friedensschluß mit Japan im Verein mit Frankreich und Russland geleistet hat: Abtretung Kiautschau als Kohlenstation und das Eisenbahnmonopol in Schantung. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, sind die Forderungen keineswegs zu hoch, denn nur die strengste Buße, die das Uebel dadurch an seiner Wurzel trifft, daß sie, dem chinesischen Verfahren entsprechend, die Beamten verantwortlich macht, ist eine einigermaßen sichere Bürgschaft, um derartige barbarische Vertragsverletzungen für die Zukunft zu verhindern, und anderseits wird man selbst in Peking im Vergleich zu den seitens Bissen, die man Russland und Frankreich hat überlassen müssen, den Lohn, den Deutschland für die Erhaltung von Kiautschau verlangt, als bescheiden anerkennen.

Der Wunsch, eine Flotten- und Kohlenstation in Ostasien zu besitzen, ist seit der Zeit, da die Postdampfer des norddeutschen Lloyd die deutschen Farben im fernsten Osten zeigen und seit der Schutz unserer stetig zunehmenden Handelsinteressen die Annehmlichkeit eines Kreuzergeschwaders in jenen Gewässern erfordert, nicht mehr versummt, und seit der chinesisch-japanische Krieg die Erschließung des Reichthümer Chinas in die Gesichtsnähe der lebenden Generation gerückt hat, ist er über seine kommerzielle Bedeutung hinaus auch eine Frage von großer politischer Tragweite geworden. Meinungsverschiedenheiten herrschen im Grunde nur darüber, wie dieser Wunsch befriedigt, diese Frage gelöst werden sollte, und da sich keine Gelegenheit bot, als Recht zu fordern, was die Notwendigkeit erheigte, so lag der Gedanke am nächsten, mit der chinesischen Regierung über die Abtretung einer solchen Station als eines in der übliauen Form in ewige Pacht gegebenen „Geslements“ zu unterhandeln, das als Vertragshafen auch den übrigen Nationen zugänglich zu machen gewesen wäre. Dort hätten dann, um unsere Marine den Überforderungen der englischen Docks- und Werftgesellschaften in Hongkong zu entziehen, Docks gebaut werden müssen, und es wäre erwünscht gewesen, wenn in der Nähe der Station gelegene Kohlengruben den Bedarf unserer Schiffe hätten decken können. Kiautschau, das dieser leichteren Bedingung entspricht und überdies natürlichen Schuh und Raum

in Hülle und Fülle bietet, war deshalb schon längst ins Auge gesetzt. Inzwischen haben die Chinesen es uns durch die Ermordung der deutschen Missionare fast zur Pflicht gemacht, das als unser Recht zu fordern, worum wir vielleicht vergebens gebeten hätten. Wenn daher die Abtretung Kiautschau als Kohlenstation richtig ist, so ist die weitere Forderung der Überlassung des Eisenbahnmonopols nur eine logische Folgerung aus der ersten, denn nur durch die Eisenbahn können die Kohlensfelder Schantung nutzbar gemacht und nur durch das Monopol die großen Kosten gedeckt werden, die moderne Hafenanlagen in Kiautschau veranlassen werden.

Es ist ferner anzunehmen, daß die deutsche Regierung als Correlat zu dem Eisenbahnmonopol auch Vorsorge dahin getroffen hat, daß die Kontrolle über die Ausbeutung der Bodenschätze in dem Gebirgslande von Ostchontung in ihrer Hand bleibt, daß sie sich besonders die dortigen Kohlensfelder, natürlich gegen angemessene Entschädigung der heutigen Besitzer gesichert hat. Zu einer einträglichen Ausnutzung der Kohlensfelder würden dann Bahnenstrecken nach Kiautschau und nach dem Vertragshafen Tschifu (Entfernung der Straße nach etwa 230 Kilom.) ins Auge zu fassen sein. Nach Lage dieser Verhältnisse verspricht also die Station Kiautschau, vorausgelebt, daß nun auch der deutsche Handel der Flagge folgt, die ihr vorausgegangen, eine gute Zukunft, wenn auch der bekannte Sinologe Friedr. Hirth, der dank seiner langjährigen Thätigkeit im chinesischen Zolldienst die praktischen Folgen des deutschen Vorgehens zu beurtheilen vermochte, sicherlich recht hat, daß er schon jetzt vor überschwänglichen Hoffnungen warnen zu müssen glaubt.

Denn es gibt in Deutschland viele Leute, die, wenn sie eben erst den Spiegel in der Hand haben, schon nach der Taube auf dem Dache zu greifen pflegen; denen steht das „hätt' ich“ schäzwerther erscheint als das „hab' ich“. Diese Leute, die schon von einem großen Colonialreich in Ostasien träumen, wird unsere Regierung, so vertraut schließlich die „Königl. Itg.“ und wir mit ihr, „nicht folgen, denn ihre Politik könnte uns verhängnisvoll werden. Bewegt sich dagegen das Vorgehen Deutschlands in dem gekennzeichneten Rahmen, so werden wir Verwicklungen kaum zu befürchten haben“

Übergriffe von Polizeiorganen.

In Berlin haben in den letzten Tagen zwei Gerichtsverhandlungen stattgefunden, die ein greelles Streitlicht auf unjene polizeilichen Verhältnisse werfen und die vielfach vorhandene und oft schon beklagte Mangelhaftigkeit dieser Einrichtungen wieder einmal in so krasser Weise enthüllen, daß keinen Augenblick mit der Abhilfe gejögert werden sollte.

Der erste Fall betrifft eine Händlerin aus Schöneberg, welche wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen verleumderischer Beleidigung des Gendarman Holtz und wegen wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt worden war. Sie war wegen angeblicher Marktpolizei-Contravention von dem Gendarman Holtz arreliert und, wie die Gerichtsverhandlung ergab, widerrechtlich zur Wache geführt worden. Dort soll sie nach ihrer Angabe mit Faustschlägen und Fußtritten schwer mishandelt worden sein. Nach Bekundung des Arztes,

bekommen hatte: seltsame, phantastische Gebilde, Blumen, Thiere, menschliche Wesen und Arabesken, halb gemalt, halb gesickt, auf grobkörniger gelb-grauer Leinwand.

Aufmerksam musterte er die kuriosen Dinger, „Gefallen dir meine Wandbekleidungen, Onkelchen?“ rief Indisch von ihrem erhabenen Standpunkte herab. „Nicht wahr, sie wirken nicht wulst? Aber ich habe auch manchen langen Tag daran gearbeitet!“

„Was? Das hast du selbst gemacht?“ Er traute seinen Ohren kaum. „Aber, Mädelchen, du bist ja eine Künstlerin! Und dabei sagtest du neulich, du hättest gar keine Talente, weder musikalisches noch Maltalent!“

„Ich auch kein eigentliches Maltalent“ beharrte sie. „Irgend etwas correct nach der Natur oder Vorlage zu zeichnen, ist mir rein unmöglich. Das hier ist nur so ein müßiges, unnützes Phantasiespiel, mir ganz allein zur Freude. So, nun fällt der Zettel hübsch. Und jetzt will ich in die Rüche. Es geht heute rasch. Wir haben Entrecées und Macaroni mit Tomatensoße.“

Und sie war zur Tür hinaus. „Wieder Tomaten“, seufzte der Sanitätsrat. Das war noch ein bedenklicher Punkt. Indisch gab sich ja alle Mühe — aber sie kochte immer so seltsame Sachen, wie sie gewiß dort unten im Süden recht beliebt waren: Reis alla tacea, gebakene Fische mit pikanten Saucen, allerlei Missgerichte von Fleisch und Gemüse, wunderliche süße Speisen — nichts kräftig-Medlenburgisches.

Aber er wollte sie nicht kränken und schläng die verhaschten Macaroni gutmütig hinunter — freilich mit einem kleinen Seufzer.

„Ah, Onkelchen!“, meinte Indisch betroffen — sie beobachtete ihn scharf — „ich glaube, das ist nicht dein Geschmack —“

„O — sie sind wirklich ganz gut —“

Aber sie schüttelte den Kopf. „Wenn ich nur erst einmal ein paar Damen kennen lerne, die mir Rathschläge geben könnten —“

„Da fällt mir ein“, unterbrach er sie, „gestern begegnete mir die Majorin v. Borstewitz — ihr

in dessen Behandlung sie sich begab, fanden sich am Gesicht mehrere ganz frisch mit Blut unterlauffene Stellen, die Frau konnte sich kaum einen Schritt bewegen, sie mußte von ihm und dem Gendarm auf den Untersuchungsthügel gehoben werden. Schwelungen und blau verfärbte Hautstellen zeigten sich am Unterleib. Die Frau hatte sehr große Schmerzen und war zehn Tage arbeitsunfähig. Die Frau reicht eine Beschwerde ein, und was geschieht darauf? Gegen die Beschwerdeführerin wird die eben erwähnte Anklage erhoben. Der Gendarm stellt eidlich Mißhandlungen in Abreue. Von den übrigen Beamten des Polizeibureaus wird zwar bekundet, sie haben die Frau jammern hören. Mein Leib mein Leib, er schlägt mich tot, aber sie haben nichts gesehen. Der Gerichtshof erkannte auf völlige Freisprechung. Wo die Angeklagte Widerstand leistete, war der Gendarm nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes. Im übrigen ist die Sache nicht genügend aufgeklärt. Was die Frau gesagt und zur Anzeige gebracht hat, sei als wahr nicht erwiesen, es könnte aber auch wahr sein. Nach dem Schlusse der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt sechs Wochen gegen die gemishandelte Frau, und hat dadurch bekundet, daß er von der Unschuld des Gendarman überzeugt war. Wenn die Frau nun nicht im Stande gewesen wäre, sich unmittelbar nach dem Vorfall eine ärztliche Untersuchung zu verschaffen, so wäre sie möglicherweise verurtheilt worden. Das sind doch Zustände, die in einem Rechtsstaate nicht vorkommen dürfen.“

Der zweite Fall ist nicht minder gräßlich. Ein Schuh in Berlin, der einem anständigen Mädchen unsittliche Anträge macht, wird abgewiesen und rächt sich dadurch, daß er das Mädchen bestohlt. Ihm selbst belästigt zu haben. Der Schuhmann nimmt diese Beihuldigung für hoare Munje und veranlaßt das Mädchen, ihm auf die Wache zu folgen. Obwohl nun der Wachmeister selbst zugeben muß, daß die Vorgesetzte nicht den Einbruch einer Dirne mache, obwohl sie flehentlich bittet, daß ihre rechthabenden Eltern benachrichtigt werden, wird sie doch die ganze Nacht, bis zum Sonntag früh, auf der Wache in Haft gehalten, dann zum Polizeipräsidium gebracht und hier einer entzehrenden Untersuchung unterworfen. Erst nachher bequemt man sich dazu, über ihre Persönlichkeit Ermittlungen anzustellen, so daß nach langen Stunden seelischer Qual endlich Nachmittags 2 Uhr ihre Freilassung erfolgt. Der Schuh hat vor Gericht gestanden und soll seine Handlungsweise mit halbjährigem Gefängnis büßen. Ueber die Polizei aber ist mit Recht die Presse aller Richtungen entrüstet. So schreibt die „Deutsche Tageszeit“:

„Daf ein anständiges Mädchen derartige Dinge über sich ergehen lassen muß, das ist geradezu empörend und uns schlechthin unverständlich. Der Wachmeister hat die Bitte des Mädchens, die Eltern zu benachrichtigen, damit zurückgewiesen, daß die Fernsprechverbindung nicht mehr vorhanden sei. Man fragt sie vergeblich: Warum hat der Beamte nicht den Telegraphen benutzt, oder warum hat er nicht einen Untierbeamten nach dem nahen Vororte gesucht, in dem die Eltern angeblich und tatsächlich wohnen? Man fragt sie weiter ebenso vergeblich. Worum mußte die ja tief beschämende, entwürdigende Untersuchung vorher stattfinden, ehe die Ermittlungen über die Person des Mädchens angezeigt

wurden? Die Wiederholung eines solchen Vorhommess muß unter allen Umständen unmöglich gemacht werden. Das ist eine Ehrenpflicht der Polizeibehörde. Wohin soll es kommen, wenn unsere Schwestern und Töchter, die vielleicht gezwungen sind, am Abende allein auszugehen, solchen unheimlichen Vorhommess aufgesetzt sind?“

Nicht unzutreffend mein der „Vormärz“, daß hier viel schwerere Mißgriffe der Polizei vorliegen, als wie diejenigen sind, die gegen Lüders in Haiti verübt worden sind, und erklärt: „Hier ist unser Haiti“.

Die „Berl. N. Nachr.“ ferner, das Organ des Altreichskanzlers, führen in entschiedener Sprache aus: „Hier kann Herr v. d. Recke endlich einmal zeigen, daß er ein Minister der ersten und fruchtbringendsten That worauf die Öffentlichkeit bisher vergebens gewartet hat. Die verfassungsmäßig gewährleiste Unverletzlichkeit der Person darf nicht durch Polizeivorrichten beeinträchtigt werden, gegen die es kein Mittel der Abwehr gibt; es muß jedem anständigen Manne, bezw. jeder solchen Frau unbedingt die Möglichkeit gewährleistet werden, sich jederzeit der Telephonverkehr noch im Gange oder bereits geschlossen — gegen das unbejugte Eingreifen der Polizei in seine persönlichen oder staatsbürglerlichen Rechte zu wahren, und wenn dies nicht anders geschehen kann, so muß entweder der Telephon-Berke für die Nacht auf allen Stationen im Gange gehalten oder der Telegraph an seiner Stelle benutzt werden. So viel Rücksicht muß jeder für seine Person in Anspruch nehmen dürfen, der nicht als Observator oder dergleichen verdächtig ist. Eine Haft in Dauer von 14 Stunden in einer Stadt mit allen erdenklichen Hilfsmitteln und Vorzügen des Verkehrs ist etwas ganz Unerhörtes, noch entsetzlicher aber ist die völlig widerrechtlich vorgenommene sanitäre Untersuchung, gegen die sich das weibliche Scham- und Sittlichkeitsempfinden berechtigermassen mit allen Fasern aufsteift. Es muß verlangt werden, daß gegenüber diesen schweren Mißgriffen dem betreffenden Mädchen durch Bestrafung der betreffenden Beamten die volle Genugthuung zu Theil werde, auf die es einer selbstgefundnen Anspruch hat.“

Hoffentlich kommen diese Dinge auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache. Auf diesem Gebiete ist überhaupt noch viel Lohnendes zu thun im Interesse der Volksrechte, und namentlich sollten die Liberalen immer von neuem i.e. Augenmerk auf eine gründliche Reform der Polizei richten. Vor allem muß man außer der energischen Bestrafung der Beamten, die sich Übelgriffe zu Säulen kommen lassen, auf geböigen Schadensatz durch dieselben dringen. Das ist die erste, notwendigste Voraussetzung, um den vorhandenen traurigen Mißständen zu steuern, die bei längerer Dauer noch unabsehbares Unheil anrichten können und Tausende der Sozialdemokratie oder auch dem Anarchismus in die Arme treiben werden.

Deutschland.

Die Conservativen und die Coalitionsfreiheit der Arbeiter.

Die conservative „Arbeiter“ hat sich in zwei längeren Artikeln mit der Frage der „Coalitions-

Mann ist pensionierter Offizier — und bat mich, dich recht bald zu ihr zu führen. Ist dir's heute Nachmittag recht? Dann suchen wir gleich noch einige andere auf — vor allen Justizrat Kreemanns sehr nette Leute; er ist in meinem Skatclub.“

„Bravo!“ rief Indisch, „stürzen wir uns in den Strudel der Althütter Gesellschaft. Weißt du, daß ich mich ordentlich darauf freue. Gewiß eine ganz neue Sorte Menschen für mich — einfache, harmlose Leute, nicht wahr?“

„Hm — nun — so ganz harmlos?“ entgegnete er zweifelnd. Und nach einer Weile setzte er warnend hinzu: „Gib nur Acht, sie haben doch ihre Mützen.“

Die Familie v. Borstewitz wohnt am alleräußersten Ende der Rostocker Straße, dicht am Bahnhof, in einem ganz neuen Hause, wo es noch ziemlich stark nach Holz und Oelfarbe roch. Borstewitzens zogen häufig um und stets in ganz neue Häuser, welche die engherzigen Kleinstädter aus Rheumatismusfurchtmieden und welches deshalb billig zu haben waren — eine Gewohnheit, die Borstewitzens den Spitznamen „Familie von Trockenwohnern“ eingetragen hatte. Vor sieben Jahren waren sie nach Althütte gezogen, erstens, weil in Mecklenburg die Steuern gering sind, und zweitens, weil die vielen umliegenden reichen Güter einen guten Schreibersohn-Perspektive für die beiden erwachsenen Töchter Lydia und Hedwig zu eröffnen schienen. Die letztere Rechnung hatte sich freilich als falsch erwiesen; man hatte zwar anfangs bei all diesen vornehmen Magnaten auf „ahn“, „in“ und „ow“ Besitz gemacht, war auch da und dort eingeladen worden, aber ein näherer Verkehr wollte sich nicht gestalten, man mußte seine Ansprüche herabsetzen und sich an die Honorarien Althüttes halten. Dem Major selbst genügte dies auch vollkommen; er war ein kleiner, stiller Mann, das nur zwei Passionen kannte: Angeln und Polizeiromane lesen. Seine Gattin, eine energische Dame, die selbst aus einer Kleinstadt stammte und sich durchaus nicht gern schlecht

behandeln ließ, fand auch einen Raffee bei Frau Senator Jürgens im Grunde gemütlicher, als so ein Diner bei Graf K. und Baron Y., wo man sich doch nur genieren mußte, mit dem dreimal aufgearbeiteten „Grauseiden“!. Aber die Töchter waren anderer Meinung. Lydia, die Älteste, zog sich von jeder Geselligkeit zurück, cultivierte die Sonntagschule und näherte ihren altjüngsterlichen Geist mit der Lecture des „Deutschen Adelsblattes“; Hedwig, die Zweite, machte zwar alles heftigstig mit, was Althütte an Vergnügungen bot, rumpfte aber nachher die feingebogene Nase über das „Spießbürgertisch“; nur Gise, die Jüngste, ein lustiger Bachisch, genoß das Leben aus vollen Kräften.

Als der Sanitätsrat und Indisch den beabsichtigten Besuch ausführten, sah gerade die ganze Familie um den Kaffeetisch herum und verzehrte große Syrup-Stullen zu dem — Cichoriant. Die Majorin war eilig, denn sie war beim „Einmachen“, wovon ihre blutigroth bespritzte Ächsenküsse und die klebrigen Hände zeugten.

Da klingelte es; „das Klingeln kenne ich“, seufzte die Haustfrau; „natürlich wieder Schulter Jochen mit seiner Rechnung! Gise, mach' auf, wir sind nicht zu Hause.“

Gise eilte hinaus, das triefende Syrupbrod in der Hand, und führte einige Sekunden später die Gäste ins Zimmer.

Die Majorin band schnell ihre Ächsenküsse ab, gab den am Tisch stehenden Tischtüchern ihres Gatten einen Fusstritt, daß sie unter das Gepäck fliegen, und führte dann die Besucher in das Nebenzimmer.

Die Anderen folgten. Nur Hedwig blieb noch einen Moment zurück und verlehrte ihrer Schwester Gise einen Elbogenpuff, von den jährligen Worten begleitet: „Du Schaf. Kannst du sie nicht eine Minute warten lassen, damit wir erst rasch den Kaffeetisch abräumen? Syrup-Tüchern ist so was Ordinäres!“

„Ach was — schmeckt famos. Hab' dich nicht so.“ (Fortl. folgt.)

Feuilleton.

Sanitätsrats Türkin. (Nachdr. verboten.)

„Eine Kleinstadt-Geschichte von Klaus Rittland.“ Röttling blickte sich staunend um. Das Zimmer war ja kaum wiederzuerkennen! An den Fenstern hingen — statt der vorjährigen blaustoffartigen weißen Tüllgardinen — sonderbare gelbe orientalische Stoffe mit grellbunten Rauten, vor den Thüren schwere arabische Caromani-Portière; an der Wand, wo früher das steife braune Rips-Sophia mit dem Mahagonitisch und den wulstigen Fauteuils sich breit gemacht hatte, stand jetzt Indischs Schreibstuhl. Ihr groß und statthaft für einen Damenschreibtisch (es war derjenige ihres Vaters gewesen); im Hintergrunde waren ihre Lieblingsbücher aufgestellt. An der gegenüberliegenden Wand war ein merkwürdiges Möbel zu sehen. Indischs Bücheršrank, ein Riese, den sie sich nach ihrem eigenen Geschmack aus lauter alten wulstigen, aber kunstvoll gearbeiteten Feldern und Holztheilen hatte zusammenstehen lassen, die zumeist Moscheen und alten türkischen Häusern entstammten; auch ein Stück Haremsschlüssel-Gitterwerk war dabei; das Ganze hatte eigentlich gar keinen Stil, sah aber doch geschmackvoll aus. In der Mitte des Zimmers stand eine Couchette, mit einem echten Cashmere-Schal bedeckt; davor ein paar arabische Tabourets und ein schwarzes Tischchen mit einem sonderbar verschönerten, aus frakhaften Ungehümern gebildeten Fuß; ein Freund batte Indisch das curiose Ding einst aus China mitgebracht. Vor dem Fen

freiheit der Arbeiter" beschäftigt, für welche der Curator der Universität Bonn, Geheimer Rath v. Rottenburg, kürzlich eine Lanze gebrochen hat. Die "Socialpolitiker" vom Schlag der "Kreuz-Ztg." bekämpfen die Socialdemokratie, aber das sicherste Mittel, die Arbeiter von der socialdemokratischen Agitation unabhängig zu machen, indem man ihren Fachvereinen eine selbständige Organisation ermöglicht, lehnen die Conservativen ab. "Gewiß", schreibt die "Kreuz-Ztg.", "muß es das Bestreben nicht nur der Socialpolitiker, sondern aller wohlwollenden Leute sein, den Arbeitern die volle Möglichkeit zu geben, ihre Interessen kräftig zu vertreten, ohne indessen dadurch der Socialdemokratie brauchbare Kampforganisationen zur Verfügung zu stellen. Die Conservativen, die nichts weniger als Gegner der Coalitionsfreiheit sind, haben bereits mehrfach die Richtschnur für ein solches Vorgehen angegeben. Darnach kann es sich nicht darum handeln, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber, sondern sie nach echt conservativen Grundsätzen gemeinsam mit ihnen zu organisieren. Nur solche Organisationen, in denen Arbeiter und Arbeitgeber friedlich nebeneinander lagern und gemeinsam ihre gleichartigen Interessen vertragen, können dem sozialen Frieden dienen und der Socialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen. Mit anderen Worten: die Conservativen möchten den Arbeitern selbst diejenige "Coalitionsfreiheit" wieder entziehen, welche die Gewerbeordnung als berechtigt anerkennt.

Englische Preßstimmen zur Flottenvorlage.

Bei Englands Stellung als erster Flottenmacht der Welt sind die Aeußerungen der englischen Presse über die deutsche Flottenvorlage von besonderem Interesse. Nachstehend seien einige Stimmen der angesehensten Organe verzeichnet.

Die liberale "Daily News" schreibt:

"Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs verräth eine sehr geschickte Hand, indem darin ein Geist der Mäßigung sich ausspricht, der auf die Bevölkerung einen guten Eindruck hervorbringen muß. Es läßt sich beinahe mit Sicherheit voraus sagen, daß der Entwurf im Reichstag eine Mehrheit finden wird."

In ähnlicher Weise bemerkt der conservative "Standard":

"Die Vorlage enthält nur so viel, als die Marineauthoritäten durchaus unentbehrlich halten und als von den Finanzautoritäten als durchführbar erachtet wird. Alle conservativen Parteien, die Nationalliberalen und wahrscheinlich auch die Liberale Vereinigung, sowie ein Theil des Centrums werden sich um ein Compromiß bemühen, um das Zustandekommen des Gesetzes, wenn auch vielleicht in einer etwas modifizierten Form, zu sichern."

"Daily Telegraph" führt aus:

"Wie sich jetzt herausstellt, bleibt die Zahl der geforderten Schiffe weit hinter dem zurück, was man dem Publikum vorgemacht hatte; die erforderlichen Geldbeträge werden vom Reichstage auf dem gewöhnlichen Verfassungsmäßigen Wege bewilligt werden und keine neuen Steuern sind zu erwarten. Der Plan des Kaisers ist so von der Regierungsbörde geschickt im einzelnen ausgearbeitet und dargelegt worden. Damit dürfte viel erreicht sein, um den und jenen nicht ganz unschuldigen Gegner zu entwaffnen und die Bevölkerung manches Schwanken zu zerstreuen."

In Anknüpfung an die Thronrede äußert dann "Daily News" u. a. Folgendes:

"In unserem Lande ist das Haus der Gemeinden im wesentlichen immer einig, wenn eine Erhöhung des Flottenguts vorgeschlagen wird. Deutschland ist keine Insel, und das deutsche Landheer, das sich mittels des Systems der allgemeinen Wehrpflicht ergänzt, besitzt thatsächlich unerschöpfliche Reserven. Indessen hat die Handel und Gewerbe treibende Klasse in Deutschland gewaltsamen Einfluß erlangt, und diese wird nicht dulden wollen, daß ihre Hände und Rüsten der Gefahr ausgesetzt bleiben. Dazu kommt noch, daß rasche Anwachsen der überseeischen Interessen Deutschlands". Wenn der Kaiser versichert, daß die in fremden Ländern wohnenden Deutschen ungenügend geführt sind und daß Handelschiffe im Kriegsfall nicht gesichert wären, macht er einen starken Appell an die Schiffseigner und an die Gesamtheit der Geschäftslüste."

* Berlin, 6. Dez. [Gesellschaft für Volksbildung.] Der Central-Ausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher eine Reihe von Verhandlungen angelegten erledigt wurde. In dem laufenden Jahre sind 37 Vereine und 196 persönliche Mitglieder beigetreten, so daß er jetzt 1173 Vereine und 4181 persönliche Mitglieder zählt. Volksbibliotheken sind in diesem Jahre bis Dezember 89 mit 5500 Bänden neu begründet, im vorigen ganzen Jahre 90 Bibliotheken, und ca. 50 bestehende Volksbibliotheken mit Büchern unterstützt. An 150 Schulen wurden außerdem 750 gebrauchte Bücher gewährt. Von 267 Gebühren wurden 13027 Bücher der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. An Vorträgen wurden seitens der Redner der Gesellschaft im laufenden Vereinsjahr 157 gehalten.

* [Über die Stellung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Jesuitenantrag] des Centrums gibt eine Auslassung der "Nat.-Lib. Corr." Auskunft, worin u. a. folgt wird:

"Das Reich, das zu verhüten hat, daß eine auf politischen Machtkampf zugeplante, vom Ausland aus vermittelten d. s. unbedingten Gehorsams geleitete Organisation die deutsche Bevölkerung religiös gegen einander hekt und den Clerus zur Unzulänglichkeit zwingt, kann es auch vor den katholischen Reichsangehörigen verantworten, wenn es die Zeit noch lange nicht gekommen sieht, sich mit einer freien Ordenshäufigkeit der Jesuiten abzufinden. Und auf diesem Standpunkt kann die Reichsregierung mit Ehren stehen bleiben, wenn auch ein parteioffiziöser Artikel in allen Centru-nblättern versicherte, daß nur eine „Handvoll Fanatiker“ gegen die Rückberufung der Jesuiten sei."

* [Herabsetzung der Personenkärtze.] Die Nachricht, daß in Preußen eine Herabsetzung der Personenkärtze geplant worden sei, ist durch eine Anfrage in der bayerischen Abgeordnetenkammer als richtig erwiesen worden. Die Sache befindet sich nach der Auskunft des Ministers v. Traisheim noch im Stadium der „vertraulichen Besprechung“. Es scheint aber — so schreibt man der "Volks-Ztg." aus München — als ob eine ziemlich bedeutende Herabsetzung der Personenkärtze geplant worden war, denn für Bayern würde die Reform einen Ausfall von acht Millionen Mark bedeuten, das heißt, nach der alten Anschauung, daß eine Verbilligung des Verkehrs einen Einnahmeverlust bewirkt, während bekanntlich das Gegenheft eintritt. Leder hält sich die preußische Eisenbahnverwaltung über ihren Reformplan in undurchdringliches Schweigen.

* [Zartherabsetzung für Schiffbaumaterialien.] Vorgestern hat in Berlin eine Besprechung zwischen den Vertretern mehrerer preußischer Eisenbahndirectionen einerseits und der bedeutendsten deutschen Schiffswerften sowie der großen Schiffsbaumaterialien erzeugenden Stahlwerke andererseits stattgefunden. Es handelte sich um eine Erörterung des von dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten gestellten Antrages, eine Ermäßigung für den Transport von Schiffbaumaterial zu gewähren. Dieser Antrag war mit Rücksicht auf den Umstand gestellt worden, daß die deutschen Walzwerke von den englischen Lieferanten von Schiffbaumaterialien wesentlich unterboten werden und daß es des Zusammenwirkens der Werften und Walzwerke und der Staatseisenbahnen bedürfe, um den Preisunterschied so auszugleichen, daß den Werften die Verwendung deutschen Materials ermöglicht werde. In der Befreiung handelte es sich dann serner hauptsächlich darum, zu erörtern, ob und welche Garantien oder wenigstens Anhaltspunkte gegeben werden können, daß den deutlichen Walzwerken nennenswerthe Lieferungen von Schiffbauteilen zu Theil werden, serner, ob es den Walzwerken gelingen werde, durch eine in Aussicht genommene Vereinigung die Aufträge der Werften schneller und sicherer als es früher hier und da wohl der Fall gewesen sein mag, auszuführen. Wie es heißt, haben nach beiden Richtungen hin die Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat geführt.

* [Geschütz und Panzer.] In dem Kampf zwischen Geschütz und Panzer schien sich während der letzten Jahre der Sieg dem Panzer zuneigen zu wollen; jetzt ist der Ausgang wieder recht zweifelhaft geworden, und zwar durch die Erfolge, die unlängst ein leidenschaftliches Habsfeldgeschoss bei Shoeburyness gegen eine Platte von Harpenstahl erzielte. Diese Platte machte acht Fuß im Quadrat und war sechs Zoll stark. Bereits früher hatte man sie mit zwei leidenschaftlichen Geschossen aus geschmiedetem Stahl beschossen, von denen keins tiefer als 2½ Zoll eingedrungen war. Indessen waren 70 Prozent der Plattenoberfläche gänzlich unversehrt geblieben, und auf diesen Theil feuerte man dann zwei Habsfeldgeschosse mit einer Geschwindigkeit von etwas über 1900 Fuß ab. Beide Geschosse durchschlugen die Panzerwand sowohl als auch die ihr als Stütze dienende zweit Fuß starke Holzwand und wurden 15 Fuß bzw. 20 Fuß hinter dem Ziel — verschoben — gesunken. Die einzelnen Stücke des Geschosses halten noch eine Art Kartätsch wirkung ausgeübt, die erkennen ließ, daß sie z. B. im Innern eines Schiffskörpers ernste Verheerungen angerichtet haben würden.

* [Arbeiter in der Eisenproduktion.] Die Anzahl der im Eisenbau, im Hochofenbetrieb, sowie in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißen- und Stahlwerken) beschäftigten Arbeiter belief sich im Jahre 1896 auf 259 307 gegen 144 430 im Jahre 1878, war also in den letzten 20 Jahren um 73 Proc. gestiegen.

* [Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.] Die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter beträgt 244 860 gegen 221 749 im Jahre 1885, ist also um mehr als 23 000 oder 10 v. H. gestiegen. Unter ihnen befanden sich 3343 (im Vorjahr 2669) männliche und 1969 (1658) weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 159 214 (143 441) männliche und 80 334 (73 981) weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Erwachsene Arbeiterinnen beschäftigten 32 823 Fabriken gegen 30 222 im Vorjahr. In ihnen wurden im ganzen 699 579 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 664 116, so daß gegen das Vorjahr eine Steigerung um 35 000 oder 5 v. H. stattgefunden hat. Unter den Arbeiterinnen befanden sich 270 266 (im Vorjahr 260 303) 16 bis 21 Jahre alte und 429 313 (403 813) über 21 Jahre alte.

* [Württemberger Dank.] Der Vorsitzende des ständigen Hilfscomités von Württemberg Staatsrath v. Moser hat an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins ein in den wärmsten Ausdrücken gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem er namens seiner Landsleute für die den Nothleidenden Württembergers überwiesene, reiche Unterstützung dankt, welche nicht um geringsten Theil aus der hochherigen Spende der Stadtgemeinde Berlin geslossen sei.

Hamburg, 3. Dez. Die Senatscommission, die zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse im Hafen vor neun Monaten eingesetzt wurde, hat den dem Senat zu erstattenden Bericht jetzt übergeben. Er wird bald im Druck erscheinen und allgemein zugänglich sein.

Coloniales.

* [Den Tod Eugen Jintgraffs] auf Teneriffa, der gestern gemeldet wurde, werden die wissenschaftlichen und kolonialfreundlichen Kreise mit herzlicher Anteilnahme beklagen. Jintgraff hat besonders für die Aufzuchtung unserer Kolonie Kamerun die erprobtesten Dienste geleistet. Er ist noch nicht vierzig Jahre alt geworden. Ein Düsseldorfer von Geburt, von Hause aus Jurist, ließ er sich von seiner Wanderlust früh in die Welt hinaustreiben. Im Jahre 1886 schon erhielt der Achtundzwanzigjährige eine Mission der deutschen Reichsregierung nach Kamerun und erforschte dort die Wuri genannte Hauptader des Kamerunflusses. Im nächsten Jahre durchsuchte er das Hinterland der Kolonie, gründete die Station Barombi und setzte seine Forschungsreise in den folgenden Jahren bis zum Binus und nach Adamaua fort. Später wiederum drang er in das Land der Bajau vor, mußte aber im Anfang des Jahres 1891 vor der Übermacht des wilden Völkerstamms jurückweichen und konnte auch in einem erneuerten Feldzuge nicht Herr der Eingeborenen werden. Im Jahre 1892 schied Jintgraff aus dem Reichsdienst, um nun als freier Forschungsreisender nach Afrika zurückzukehren und ein Buch über "Nordkamerun" zu vollenden. Nun erlag er dem Fieber, das so viel Opfer fordert. Man wird seinen Namen unter den Pionieren deutscher Forschung stets mit Ehren nennen.

* [Zartherabsetzung für Schiffbaumaterialien.] Vorgestern hat in Berlin eine Besprechung zwischen den Vertretern mehrerer preußischer Eisenbahndirectionen einerseits und der bedeutendsten deutschen Schiffswerften sowie der großen Schiffsbau-

materialien erzeugenden Stahlwerke andererseits stattgefunden. Es handelte sich um eine Erörterung des von dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten gestellten Antrages, eine Ermäßigung für den Transport von Schiffbaumaterial zu gewähren. Dieser Antrag war mit Rücksicht auf den Umstand gestellt worden, daß die deutschen Walzwerke von den englischen Lieferanten von Schiffbaumaterialien wesentlich unterboten werden und daß es des Zusammenwirkens der Werften und Walzwerke und der Staatseisenbahnen bedürfe, um den Preisunterschied so auszugleichen, daß den Werften die Verwendung deutschen Materials ermöglicht werde. In der Befreiung handelte es sich dann serner hauptsächlich darum, zu erörtern, ob und welche Garantien oder wenigstens Anhaltspunkte gegeben werden können, daß den deutlichen Walzwerken nennenswerthe Lieferungen von Schiffbauteilen zu Theil werden, serner, ob es den Walzwerken gelingen werde, durch eine in Aussicht genommene Vereinigung die Aufträge der Werften schneller und sicherer als es früher hier und da wohl der Fall gewesen sein mag, auszuführen. Wie es heißt, haben nach beiden Richtungen hin die Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat geführt.

* [Geschütz und Panzer.] In dem Kampf zwischen Geschütz und Panzer schien sich während der letzten Jahre der Sieg dem Panzer zuneigen zu wollen; jetzt ist der Ausgang wieder recht zweifelhaft geworden, und zwar durch die Erfolge, die unlängst ein leidenschaftliches Habsfeldgeschoss bei Shoeburyness gegen eine Platte von Harpenstahl erzielte. Diese Platte machte acht Fuß im Quadrat und war sechs Zoll stark. Bereits früher hatte man sie mit zwei leidenschaftlichen Geschossen aus geschmiedetem Stahl beschossen, von denen keins tiefer als 2½ Zoll eingedrungen war. Indessen waren 70 Prozent der Plattenoberfläche gänzlich unversehrt geblieben, und auf diesen Theil feuerte man dann zwei Habsfeldgeschosse mit einer Geschwindigkeit von etwas über 1900 Fuß ab. Beide Geschosse durchschlugen die Panzerwand sowohl als auch die ihr als Stütze dienende zweit Fuß starke Holzwand und wurden 15 Fuß bzw. 20 Fuß hinter dem Ziel — verschoben — gesunken. Die einzelnen Stücke des Geschosses halten noch eine Art Kartätsch wirkung ausgeübt, die erkennen ließ, daß sie z. B. im Innern eines Schiffskörpers ernste Verheerungen angerichtet haben würden.

* [Arbeiter in der Eisenproduktion.] Die Anzahl der im Eisenbau, im Hochofenbetrieb, sowie in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißen- und Stahlwerken) beschäftigten Arbeiter belief sich im Jahre 1896 auf 259 307 gegen 144 430 im Jahre 1878, war also in den letzten 20 Jahren um 73 Proc. gestiegen.

* [Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.] Die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter beträgt 244 860 gegen 221 749 im Jahre 1885, ist also um mehr als 23 000 oder 10 v. H. gestiegen. Unter ihnen befanden sich 3343 (im Vorjahr 2669) männliche und 1969 (1658) weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 159 214 (143 441) männliche und 80 334 (73 981) weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Erwachsene Arbeiterinnen beschäftigten 32 823 Fabriken gegen 30 222 im Vorjahr. In ihnen wurden im ganzen 699 579 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 664 116, so daß gegen das Vorjahr eine Steigerung um 35 000 oder 5 v. H. stattgefunden hat. Unter den Arbeiterinnen befanden sich 270 266 (im Vorjahr 260 303) 16 bis 21 Jahre alte und 429 313 (403 813) über 21 Jahre alte.

* [Württemberger Dank.] Der Vorsitzende des ständigen Hilfscomités von Württemberg Staatsrath v. Moser hat an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins ein in den wärmsten Ausdrücken gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem er namens seiner Landsleute für die den Nothleidenden Württembergers überwiesene, reiche Unterstützung dankt, welche nicht um geringsten Theil aus der hochherigen Spende der Stadtgemeinde Berlin geslossen sei.

Hamburg, 3. Dez. Die Senatscommission, die zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse im Hafen vor neun Monaten eingesetzt wurde, hat den dem Senat zu erstattenden Bericht jetzt übergeben. Er wird bald im Druck erscheinen und allgemein zugänglich sein.

* [Geschütz und Panzer.] Die Anzahl der im Eisenbau, im Hochofenbetrieb, sowie in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißen- und Stahlwerken) beschäftigten Arbeiter belief sich im Jahre 1896 auf 259 307 gegen 144 430 im Jahre 1878, war also in den letzten 20 Jahren um 73 Proc. gestiegen.

* [Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.] Die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter beträgt 244 860 gegen 221 749 im Jahre 1885, ist also um mehr als 23 000 oder 10 v. H. gestiegen. Unter ihnen befanden sich 3343 (im Vorjahr 2669) männliche und 1969 (1658) weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 159 214 (143 441) männliche und 80 334 (73 981) weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Erwachsene Arbeiterinnen beschäftigten 32 823 Fabriken gegen 30 222 im Vorjahr. In ihnen wurden im ganzen 699 579 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 664 116, so daß gegen das Vorjahr eine Steigerung um 35 000 oder 5 v. H. stattgefunden hat. Unter den Arbeiterinnen befanden sich 270 266 (im Vorjahr 260 303) 16 bis 21 Jahre alte und 429 313 (403 813) über 21 Jahre alte.

* [Württemberger Dank.] Der Vorsitzende des ständigen Hilfscomités von Württemberg Staatsrath v. Moser hat an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins ein in den wärmsten Ausdrücken gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem er namens seiner Landsleute für die den Nothleidenden Württembergers überwiesene, reiche Unterstützung dankt, welche nicht um geringsten Theil aus der hochherigen Spende der Stadtgemeinde Berlin geslossen sei.

Hamburg, 3. Dez. Die Senatscommission, die zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse im Hafen vor neun Monaten eingesetzt wurde, hat den dem Senat zu erstattenden Bericht jetzt übergeben. Er wird bald im Druck erscheinen und allgemein zugänglich sein.

* [Geschütz und Panzer.] Die Anzahl der im Eisenbau, im Hochofenbetrieb, sowie in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißen- und Stahlwerken) beschäftigten Arbeiter belief sich im Jahre 1896 auf 259 307 gegen 144 430 im Jahre 1878, war also in den letzten 20 Jahren um 73 Proc. gestiegen.

* [Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.] Die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter beträgt 244 860 gegen 221 749 im Jahre 1885, ist also um mehr als 23 000 oder 10 v. H. gestiegen. Unter ihnen befanden sich 3343 (im Vorjahr 2669) männliche und 1969 (1658) weibliche Kinder unter 14 Jahren, ferner 159 214 (143 441) männliche und 80 334 (73 981) weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Erwachsene Arbeiterinnen beschäftigten 32 823 Fabriken gegen 30 222 im Vorjahr. In ihnen wurden im ganzen 699 579 Arbeiterinnen beschäftigt gegen 664 116, so daß gegen das Vorjahr eine Steigerung um 35 000 oder 5 v. H. stattgefunden hat. Unter den Arbeiterinnen befanden sich 270 266 (im Vorjahr 260 303) 16 bis 21 Jahre alte und 429 313 (403 813) über 21 Jahre alte.

* [Württemberger Dank.] Der Vorsitzende des ständigen Hilfscomités von Württemberg Staatsrath v. Moser hat an den Magistrat und die Stadtverordneten Berlins ein in den wärmsten Ausdrücken gehaltenes Schreiben gerichtet, in welchem er namens seiner Landsleute für die den Nothleidenden Württembergers überwiesene, reiche Unterstützung dankt, welche nicht um geringsten Theil aus der hochherigen Spende der Stadtgemeinde Berlin geslossen sei.

Hamburg, 3. Dez. Die Senatscommission, die zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse im Hafen vor neun Monaten eingesetzt wurde, hat den dem Senat zu erstattenden Bericht jetzt übergeben. Er wird bald im Druck erscheinen und allgemein zugänglich sein.

* [Geschütz und Panzer.] Die Anzahl der im Eisenbau, im Hochofenbetrieb, sowie in der Eisenverarbeitung (Gießerei, Schweißen- und Stahlwerken) beschäftigten Arbeiter belief sich im Jahre 1896 auf 259 307 gegen 144 430 im Jahre 1878, war also in den letzten 20 Jahren um 73 Proc. gestiegen.

* [Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.] Die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist seit dem Vorjahr von 37 616 auf 40 339 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter

